

Die Niederlande

Marij Leenders

Am Prinsjesdag im September 2009, dem Tag, an dem die Regierung traditionell die Politik für das kommende Jahr vorstellt, präsentierte das 4. Kabinett Balkenende (aus christdemokratischer CDA, sozialdemokratischer PvdA und der christlichen CU) eine düstere, vom Kabinett vorbereitete und von der Königin vorgelesene Thronrede, die im Zeichen der Wirtschaftskrise stand. Die Regierung sah es als ihre Aufgabe an, die Unsicherheit, die durch die Krise entstanden war, in einen Aufschwung umzubiegen. Eine der Maßnahmen, die sie in Aussicht stellte, war die Einbringung eines Beschleunigungsgesetzes für öffentliche Arbeiten mit dem Ziel, die Wirtschaft durch das beschleunigte Ausführen solcher Projekte zusätzlich zu unterstützen. Insgesamt war die Botschaft von Finanzminister Wouter Bos für 2010, dass kräftig gespart werden müsse. Das Kabinett wollte kein Krisenmaßnahmenpaket, sondern entschloss sich, in Ruhe über strukturelle Maßnahmen nachzudenken. Sie setzte dafür 20 ministerielle Arbeitsgruppen ein, die Vorschläge für die Einsparung von 20% erarbeiten sollten. Eine der meist beachteten Maßnahmen war die Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre.

Der Finanzminister bezeichnete das Jahr 2009 als „eine Achterbahn unvorhergesehener und unvorstellbarer Heftigkeit“.¹ In finanzieller Hinsicht hatte man mit den Übernahmen von Banken (ING, Fortis, ABN/AMRO) zwar den ersten Schock überstanden, doch die Frage blieb, ob es eine zweite Phase geben würde durch mögliche Spätfolgen. Oder gab es eine Perspektive für eine reelle Erholung? Nach Meinung des Ministers müssten die Niederlande bis 2010 klüger und stärker werden: ein solidarischer und solider Staat. Deshalb müsste zunächst einmal eine breite gesellschaftliche Debatte geführt werden über grundsätzliche politische Neuüberlegungen aller Aspekte der Regierungspolitik.² Die Regierung präsentierte ihre Botschaft als einen positiven Impuls zur Erneuerung. Das Kabinett schien mit der Perspektiventwicklung einer von Massenentlassungen und einer explosiv steigenden Staatsverschuldung geprägten Zukunft ein gesellschaftliches Klima schaffen zu wollen, um das Land auf schmerzhaft eingriffe vorzubereiten.

Die Opposition in der Tweede Kamer äußerte heftige Kritik an den Plänen des Kabinetts: Die Probleme würden unnötig vor sich her geschoben; die Sozialistische Partei (SP) bezeichnete die Erhöhung des Rentenalters als „unerwünscht, unsinnig und unsozial“.³ Die populistische antimoslemische Partij voor de Vrijheid (PVV) kritisierte darüber hinaus die Höhe der Zuwendungen an das Königshaus in derartigen Krisenzeiten und erhielt dafür von mehreren kleineren Parteien Unterstützung.

Übersetzt aus dem Niederländischen von Gudrun Staedel-Schneider.

1 http://www.prinsjesdag2009.nl/archief/2008/miljoenennota/toespraak_minster_bos.

2 Ebd. Im November 2009 war die Bevölkerung ziemlich zuversichtlich: 53% waren der Meinung, dass die Auswirkungen der Krise bezüglich des Arbeitsmarkts den Scheitelpunkt erreicht hätten, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_first_en.pdf.

3 Handelingen Tweede Kamer der Staten-Generaal (im Weiteren HTK), 29. September 2009.

Kabinettskrise, Wahlen und Regierungsbildung

Im Februar 2010 gab es eine heftige Debatte über den Beschluss der Regierung, den Krieg im Irak ab März 2003 politisch zu unterstützen.⁴ Die PvdA hatte wiederholt um Aufklärung über die Gründe gebeten, warum das Kabinett damals diese Unterstützung beschlossen hatte. Die christlich-soziale Koalition blieb die Antwort auf diese Nachfragen schuldig. In der niederländischen Gesellschaft und im Parlament gab es hierüber jedoch zahllose Fragen: über den Sinn dieses Krieges, seine Rechtfertigung und die Qualität der Unterrichtung des Parlaments. Die Regierung hatte daher nach langem Drängen einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, die Kommission Davids. Diese Kommission kam zu dem Schluss, dass das Parlament nicht gut informiert war, dass im Außenministerium bekannt war, dass die verfassungsgemäße Grundlage für den Krieg nicht taugte, dass die Information und die Einsichten, über die die Geheimdienste verfügten, besser hätten kommuniziert werden müssen und dass es Ministerpräsident Balkenende an Führungskraft gemangelt hätte. Darüber hinaus wurde dem Außenministerium eine zu stark atlantisch ausgerichtete Mentalität vorgeworfen. Das Ministerium habe sich blind gestellt für Informationen, die nicht in das eigene Bild passten. Die PvdA drängte nach dem Erscheinen des Berichts auf eine Aussprache im Parlament.⁵ Es kam dann doch nicht zu einer Kabinettskrise, wie vielleicht zu erwarten gewesen wäre. Balkenende, der sich im ersten Moment vom Bericht ungerecht behandelt gefühlt hatte, war schlussendlich doch bereit, in einer Reaktion an die Tweede Kamer zuzugeben, dass die Beschreibung des tatsächlichen Sachverhalts im Bericht der Kommission Davids „akzeptabel“ war.⁶ Das Kabinett war gerade noch einmal gerettet, aber in der gleichen Woche fand die Debatte über die Mission in Uruzgan statt – und dort fand das Kabinett sein Waterloo.

Der direkte Anlass für die Kabinettskrise war, dass PvdA-Vorsitzender Bos öffentlich darauf gedrängt hatte, ein Gesuch der NATO zurückzuweisen, ein Jahr länger mit einer kleineren Mission in Uruzgan zu bleiben.⁷ Dieses Gesuch stand nach Meinung von Bos im Widerspruch zu den 2007 getroffenen Absprachen bei der vorherigen Verlängerung der Mission. Neben der inhaltlichen Abwägung der Afghanistanfrage stand hierbei vor allem das Prestige von CDA und PvdA auf dem Spiel. Keine der Parteien wollte kurz vor den Kommunalwahlen am 3. März 2010 als opportunistisch beschuldigt werden und die Schuld für einen eventuellen Sturz des Kabinetts zugewiesen bekommen. In der von der Opposition beantragten Eildebatte widersprachen sich Premierminister Balkenende und Vizepremierminister Bos öffentlich über die Interpretationen der Aussagen über das Ja oder Nein der Verlängerung der Mission.⁸ Die CDA wollte in jedem Fall das Gesuch prüfen, bevor ein Beschluss gefasst werden könnte, und hielt alle Möglichkeiten offen. Die Emotionen schlugen hoch und das Zerwürfnis zwischen den Ministern wurde offenkundig. Es war deutlich, dass das Vertrauen zwischen den Ministern zerrüttet war. In der Sitzung des Ministerrats, die der Parlamentsdebatte folgte, zeigte sich, dass die Meinungen über die Verlängerung der Mission weit auseinander lagen. Der Graben zwischen den Koalitionsparteien schien unüberbrückbar. Die PvdA-Regierungsmitglieder traten aus dem Kabinett

4 HTK, 12. Februar 2010.

5 http://download.onderzoekcommissie-irak.nl/rapport_commissie_irak.pdf.

6 HTK, 16. Februar 2010.

7 HTK, 4. Februar 2010, 4. Februar 2010, Beilage 27925, nr. 384.

8 HTK, 18. Februar 2010.

zurück und die christlich-soziale Koalition scheiterte. Die Koalitionsparteien gaben sich gegenseitig die Schuld am Sturz der Regierung. Die PvdA profitierte vom Streit in der Uruzgan-Frage und vom Sturz der Regierung. In den ersten Meinungsumfragen nach dem Ende der Regierung über die Frage, wie die Wähler im Fall einer Wahl am folgenden Tag wählen würden, stieg die Anzahl der Parlamentssitze der Partei von 15 auf 19 (von 150). Die CDA würde einen Sitz verlieren und über 26 Parlamentssitze verfügen.⁹

Kurz vor den Wahlen zur Tweede Kamer zeigten die Meinungsumfragen am 4. Juni 2010 Gewinne für die PVV, aber viel geringere als bei den Wahlen am 8. Juni 2010.¹⁰ Nach Meinung eines der Meinungsforschungsinstitute hatte die Diskrepanz zwischen den Umfragen und den Wahlen etwas mit den so genannten „Vorhangwählern“ zu tun – mit Menschen, die sich nur hinter dem sprichwörtlichen Vorhang der Wahlkabine trauen, sich zu ihrer Vorliebe für die PVV zu bekennen.¹¹ Dies ist jedoch keine ausreichende Erklärung, da sich immerhin ein Sechstel der Wähler hinter der PVV versammelt hatte.

Die rechtsliberale VVD wurde durch den Zugewinn von 9 Parlamentssitzen mit insgesamt 31 Mandaten stärkste Fraktion. Andere Parteien, die hinzugewonnen hatten, waren die linksliberale Partei D66 (von 3 auf 10 Sitze) und GroenLinks (von 7 auf 10 Sitze). Die CDA erlitt eine herbe Niederlage, die Christdemokraten verloren 20 ihrer bisher 41 Sitze. Auch die Sozialistische Partei musste eine ordentliche Anzahl Sitze abgeben (von 25 auf 15). Die PvdA verlor 3 Mandate ihrer vorher 33 Sitze und ist damit zweitstärkste Fraktion. Auch der dritte bisherige Koalitionspartner, die ChristenUnie (CU), erlitt leichte Verluste (von 6 auf 5 Sitze). Jan Peter Balkenende trat als Parteivorsitzender der CDA zurück und wird auch der neuen Tweede Kamer nicht mehr angehören. Außenminister Maxime Verhagen wird den CDA-Vorsitz übernehmen. Bereits vorher hatte sich der PvdA-Vorsitzende Bos zurückgezogen; seinen Platz nahm der Amsterdamer Bürgermeister Job Cohen ein. Der Wahlausgang zeigt, dass besonders die politische Mitte Verluste hatte hinnehmen müssen. Auch wenn sich die Machtverhältnisse kaum geändert haben, haben sich die politische Linke und die politische Rechte noch weiter voneinander entfernt.

Die erste Person, die bei der Bildung einer neuen Regierung am Zug ist, ist in den Niederlanden die Königin. Sie konsultiert zunächst einige feste Berater. Dies sind der Vizevorsitzende des Raad van State, die Vorsitzenden von Eerste und Tweede Kamer und die Fraktionsvorsitzenden in der Tweede Kamer. Auf der Grundlage dieser Empfehlungen ernennt die Königin einen oder mehrere Informateure, um die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit innerhalb der Tweede Kamer auszuloten oder einen Formateur, um das Kabinett zu bilden. Ein (In-)Formateur erhält von der Königin einen schriftlichen Auftrag, an den er sich strikt zu halten hat. Die Verhandlungen steuern im Moment auf eine Neuaufgabe der linksliberalen Koalitionen der 1990er Jahre zu („paars“ Kok I und II (1994-2002)), diesmal jedoch aus vier Parteien bestehend. Am Verhandlungstisch sitzen die rechtsliberale VVD, die PvdA, die linksliberale D66 und GroenLinks, das so genannte „Paars-plus“.

Die Niederlande und die Europäische Union

Die Niederländer waren im vergangenen Jahr zusammen mit den Dänen die optimistischsten Europäer hinsichtlich der Zukunft der EU (79% der Befragten).¹² Ein großer Teil

9 <http://www.fd.nl/artikel/14253182/pvda-wint-cda-verliest-val-kabinet>.

10 <https://n3.noties.nl/peil.nl> (12. Juli 2010); <http://www.politiebarometer.nl/peilingen>.

11 NRC Handelsblad, 10. Juni 2010.

12 http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_first_en.pdf.

der Niederländer (45% der Befragten) schreibt der EU eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise zu und plädiert für ein starkes europäisches Kontrollsystem des Finanzwesens.¹³ Dies hat womöglich auch mit dem eskalierenden Konflikt mit Island wegen des Verlusts an Spargeldern von Niederländern (und Engländern) bei der zusammengebrochenen isländischen Internetbank Icesave zu tun. Die niederländische Regierung setzte sich 2008 für die Privatkunden bei Icesave ein und schoss einen Betrag von 1,3 Milliarden Euro vor. Die Rückforderung dieser Gelder verursachte viele Probleme. Der Konflikt wurde durch den britischen Premierminister Cameron auf die Spitze getrieben, als er diese Problematik an die Aufnahme Islands in die EU koppeln wollte: Island sollte nicht EU-Mitglied werden dürfen, solange die Icesave-Schulden nicht beglichen sind. Der spanische EU-Ratsvorsitzende schob hier einen Riegel vor und erklärte, dass die Aufnahme Islands unabhängig von der Icesave-Problematik behandelt werden würde.¹⁴

Ein anderer Punkt, der in den Niederlanden viel beachtet wurde, war die mühsame Ernennung der niederländischen liberalen Politikerin Neelie Smit Kroes für eine weitere Amtszeit als EU-Kommissarin. Sie hatte als Wettbewerbskommissarin erfolgreich gewirkt und wurde im Juni von ihrer Partei als Kandidatin für das Amt der Ministerpräsidentin gehandelt. Sie zog jedoch eine neue Amtszeit als EU-Kommissarin vor. Kroes schien nicht unumstritten zu sein, was nach Aussagen von VVD-Europaparlamentariern ein Machtspiel war. Die Christdemokraten im Europaparlament waren enttäuscht, weil eine ihrer Kandidatinnen für die Kommission, die Bulgarin Rumiana Jeleva, als unqualifiziert abgelehnt wurde. Kroes schien hiervon das Opfer zu werden, wurde jedoch schlussendlich vom Europaparlament als EU-Kommissarin für die „Digitale Agenda“ ernannt. Die Digitale Agenda umfasst eine Reihe schwieriger Angelegenheiten wie die Bekämpfung von Cyberkriminalität und die Zusammenführung zersplitterter digitaler Märkte.¹⁵

Spannungen zwischen nationaler und EU-Politik

In einigen Bereichen kollidierte die niederländische Politik mit den europäischen Richtlinien, wobei die niederländische Regierung in einigen Fällen erfolgreich agierte und in anderen Fällen den Kürzeren zog. Erfolgreich war die niederländische Umweltministerin Tineke Huizinga (CU), als sie zusammen mit vier Kollegen im europäischen Umweltrat am 15. März 2010 ein politisches Abkommen über die Europäische Bodenrichtlinie blockierte. Erklärtes Ziel der Strategie ist es, der Erosion, Versiegelung und Kontamination sowie anderen Formen der Bodendegradation entgegenzuwirken. Die Niederlande waren der Meinung, dass der Bodenschutz eine nationale Angelegenheit sei.¹⁶

Mit dem gleichen Argument unterzeichneten 133 niederländische Wohnungsbaugenossenschaften einen Protest gegen die Verfügung der Europäischen Kommission, die bestimmte, dass Wohnungsbaugenossenschaften Sozialwohnungen nur noch an Haushalte mit einem Jahreseinkommen von bis zu 33.000 Euro vermieten durften. Hiermit wurden Doppelverdiener gezwungen, ein Haus zu kaufen oder Wohnraum in einem teureren Mietsegment zu suchen. Nach Meinung der Genossenschaften war das Wohnungswesen jedoch eine niederländische Angelegenheit: „Brüssel hat sich mit Dingen befasst, die es nichts

13 http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb72/eb72_first_en.pdf.

14 <http://www.euobserver.com/9/29237> (13. Januar 2010); NRC Handelsblad, 3. Juli 2010.

15 <http://www.euobserver.com/9/29237> (11. Januar 2010); <http://www.euobserver.com/9/29277>.

16 <http://www.sconline.nl/artikelen/details/2010/03-maart/16/Huizinga-torpedeert-Europese-bodemwet.html>.

angehen“.¹⁷ Ob die Wohnungsbaugenossenschaften das Recht auf ihrer Seite haben, ist noch offen.

Die niederländische Regierung lag in einigen Fragen deutlich im Streit mit den europäischen Richtlinien und musste klein begeben. Deutlich wurde dies insbesondere in dem Urteil des Gerichtshofs in Den Haag, dass das Gesetz, das die Energieversorger zu einer Trennung zwischen einem kommerziellen Produktionsbetrieb und einem öffentlichen Energienetzbetrieb verpflichtete, nicht mit dem europäischen Recht übereinstimmte. Eine wichtige Triebfeder hinter diesem Gesetz war, dass die Produktions-, Handels- und Lieferungsaktivitäten eigentumsrechtlich von den Energienetzen getrennt werden sollten. Damit sollte eine Privatisierung der risikoreichen Unternehmensteile ermöglicht werden, während die Energienetze in der öffentlichen Hand verbleiben sollten. Dagegen hatten die Energieversorger Essent, Delta und Eneco allerdings einen Prozess gegen den Staat angestrengt. Der Gerichtshof urteilte, dass der Staat die Energieunternehmen nicht zu einer solchen Aufspaltung hätte verpflichten dürfen, weil diese gegen das Recht auf freien Kapitalverkehr verstieße.¹⁸

Die Niederlande bekamen auch Probleme mit der Europäischen Kommission, weil das Land die Regeln zu Übernahmen im Finanzsektor zu spät implementierten. Dabei gingen diese 2007 erlassenen Richtlinien wohlgerichtet auf die Initiative des damaligen niederländischen Finanzministers Gerrit Zalm zurück. In diese Richtlinien wurden Kriterien aufgenommen, wonach nationale Kontrolleure innerhalb der Union grenzüberschreitende Fusionen oder Übernahmen im Banksektor verhindern können. Die Niederlande sind das letzte Land, das seine eigene Gesetzgebung noch an diese Richtlinie anpassen muss. Die Europäische Kommission hat den niederländischen Staat deswegen vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt.¹⁹ Der geschäftsführende Finanzminister Jan Kees de Jager, der selbst im Mai einen Gesetzentwurf für die Umsetzung der Europäischen Richtlinie in den Niederlanden vorgelegt hatte, stieß in der Tweede Kamer auf Widerstand, da diese die Richtlinie nicht weitgehend genug fand.²⁰

Die Europäische Kommission klopfte auch dem (damaligen) Justizminister Piet Hein Donner (bis 2006) auf die Finger, weil Rumänen und Bulgaren beim Arbeiten in den Niederlanden zu stark behindert wurden. Rumänien und Bulgarien sind seit 2007 Mitglieder der Europäischen Union. Es wurde seinerzeit vereinbart, dass eine Übergangsphase bei der Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus diesen Ländern eingerichtet werden konnte, um so die wachsende Arbeitslosigkeit im eigenen Land einzugrenzen. Die Niederlande führten daraufhin solche Übergangsfristen für Arbeitnehmer ein, auch für Zeitarbeiter aus Rumänien und Bulgarien. Die Kommission hielt jedoch dagegen, dass Zeitarbeiter faktisch keine Arbeitnehmer seien, sondern einen Dienst leisteten, und dafür gälten diese Übergangsregeln nicht. Donner betrachtete diese Zeitarbeiter trotzdem als Arbeitnehmer, die daher für die Niederlande eine Genehmigung beantragen mussten, bevor sie hier mit der Arbeit beginnen konnten. Diese Regelung widersprach nach Meinung der Kommission der europäischen Regelung. Die Kommission hat dem geschäftsführenden Sozialminister Donner

17 <http://www.sconline.nl/artikelen/details/2010/05-mei/04/Corporaties-tegen-Europese--inmenging--verhuur-bele.htm>.

18 <http://www.sconline.nl/artikelen/details/2008/12/17/splitsing-elektriciteitsbedrijven.html>.

19 <http://www.sconline.nl/artikelen/details/2010/04-april/13/Nederland-te-laait-met-overnamerichtlijn.html>.

20 *Financieel Dagblad*, 28. Mai 2010: http://www.fdselecties.nl/pensioen/Nieuws/Artikel/news_id/1042168348/0default.aspx.

(seit 2007) bis Juni 2010 gegeben, um auf diese Ermahnung zu reagieren. Sollte der Minister dann noch keine befriedigende Antwort gegeben haben, wird die Kommission die Frage dem Europäischen Gerichtshof vorlegen.²¹

Eine andere Frage, in der der niederländische Staat mit den europäischen Richtlinien im Widerstreit lag, waren die nach Meinung der Kommission zu hohen Gebühren für türkische Staatsangehörige, die als Selbstständige oder als Arbeitnehmer in den Niederlanden arbeiten wollten. Erst nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs senkte das Kabinett die Gebühren; die Tarife für Türken dürfen nicht viel höher sein als die für EU-Bürger.²² In diesen beiden letzten Fragen schien die niederländische Regierung die in der Bevölkerung herrschende Angst besänftigen zu wollen, durch ausländische Arbeitnehmer den Arbeitsplatz zu verlieren.

Weiterführende Literatur

Kees Aarts/Henk van der Kolk (Hrsg.) *Nederlanders en Europa. Het referendum over de Europese grondwet*, Uitgeverij Bert Bakker, Amsterdam 2005.

Annemarije Oosterwaal/René Torenvlied: *Politics divided from society?: Three explanations for trends in societal and political polarisation in the Netherlands*, in: *West European Politics*, 2/2010, S. 258-279.

Henk te Velde, *Van regentenmentaliteit tot populisme. Politieke tradities in Nederland*, Uitgeverij Bert Bakker, Amsterdam 2010.

Gerrit Voerman/Bert van den Braak/Carla van Baalen (Hrsg.) *De Nederlandse eurocommissarissen*, Uitgeverij Boom, Amsterdam 2009.

Gerrit Voerman/Nelleke van de Walle, *Met het oog op Europa. Affiches voor de Europese verkiezingen, 1979-2009*, Uitgeverij Boom, Amsterdam 2009.

21 <http://www.sconline.nl/artikelen/details/2010/03-maart/23/Donner-houdt-vast-aan-eisen-Roemeense-werknemers.html>.

22 <http://www.sconline.nl/artikelen/details/2010/06-juni/14/Kabinet-past-legestartief-aan-na-EU-uitspraak.html>.